

der Einander verschiedener Partei-Orte, daß eine Aufspaltung des ganzen Fonds unter die Verurtheilten nicht stattfinden soll — entsprechend hat.“

Ich möchte dieser Resolution gegenüber erklären, daß der bisherige Vorstand an der Auffassung festhält, daß das Geld in erster Linie für die Essener Verurtheilten aufgehoben bleiben muß. Wir schlagen vor, das Geld als separaten Fonds zu verwalten und für Nothfälle den Verurtheilten zu reserviren. Nur unter ganz besonderen Umständen würden aus demselben andere Opfer der Gerechtigkeit zu unterstützen sein. Ich will aber nicht verhehlen, daß einer der zunächst Beteiligten, der Genosse Schröder, Protest gegen unseren Vorschlag erhoben hat. Er hat seine Ansicht über die Vertheilung der Gelder in einem an den Vorsitzenden der Kommission, den Genossen Wundelich in Bochum, gerichteten Briefe niedergelegt und gebeten, dem Parteitag von dem Inhalt des Briefes Kenntnis zu geben. Ich verzichte aus gewissen Gründen auf die Verlesung des Briefes, lege ihn aber beim Bureau nieder, wo Jeder, der sich dafür interessiert, ihn einsehen kann.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Vorschlag Gerisch bezüglich der Vertheilung der für die Essener Verurtheilten gesammelten Gelder.

Singer bemerkt, daß er einen Beschluß eigentlich nur deshalb provoziert, weil der Partei-Vorstand der moralischen Billigung der Gesamtpartei durch ihre Delegirten sicher sein wolle. Der Partei-Vorstand habe wiederholt erklärt, daß er gar kein Interesse daran habe, das Geld irgendwie anders zu vertheilen als zum Besten Derer, für die es gesammelt ist; ihm liege aber daran, zu hören, ob seine Auffassung von der Partei getheilt wird.

Die Anwesenden erklären sich mit dem Vorschlage des Partei-Vorstandes einverstanden.

Singer: Ich will hoffen, daß dieser Beschluß auch nach der anderen Seite hin des Eindruckes nicht entbehren wird.

Hierauf wird dem Vorstande einstimmig Decharge ertheilt.

Singer: Der nächste Punkt der Tagesordnung: der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wird voraussichtlich zu einer umfangreichen Diskussion führen, und es ist nicht rathsam, dieselbe kurz abzubreaken. Da wir aber alle Ursache haben, mit der Zeit zu zeigen, so schlage ich Ihnen vor, im Einverständnis mit dem Referenten, jetzt den Punkt: **Die Waisfeier 1899** zu beraten.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Mit zur Debatte gestellt werden die beiden genügend unterstützten Anträge des 6. sächsischen Kreises (siehe Antrag 86):

1. Die Parteileitung wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß eine planmäßige Agitation für den Achtstundentag in Versammlungen, durch die Presse und Flugblätter betrieben wird.

2. Der Parteitag wiederholt die Forderung, für die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai zu sorgen.

Berichterstatter Pfannkuch: Der Hamburger Parteitag lehnte es ab, die vorjährige Resolution als bindend für mehrere Jahre zu fassen, wir müssen uns also auch heute wieder mit der Frage beschäftigen. Ein Grund, in der Waisfeier eine Aenderung eintreten zu lassen, liegt nicht vor, und deshalb schlage ich Ihnen namens der Parteileitung heute wieder die Annahme der Hamburger Resolution vor. Dieselbe lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1882, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der

Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

In Hamburg machte Genosse Stolten den Versuch, eine Aenderung herbeizuführen, aber die Debatte zeigte, daß hierfür keine Neigung vorhanden war. So weit ich die parteigenösslichen Kreise kenne, besteht auch heute nicht die Absicht, eine Aenderung an unserem bisherigen Verhalten zu treffen, wir werden also gut thun, die Hamburger Resolution anzunehmen. Der Antrag der Genossen des sechsten sächsischen Kreises ist wahrscheinlich deshalb gestellt, weil der Partei-Vorstand in diesem Jahre keinen Anruf erlassen hat, aber die Agitation war bereits allerorts im Gange, so daß es gegenstandslos geworden war, die Genossen noch besonders anzufeuern. Ich halte den Antrag für überflüssig, denn wenn es sich als nothwendig herausstellen wird, eine planmäßige Agitation einzuleiten, so wird es der Partei-Vorstand von selbst thun, und daß dabei die Frage des Achtstundentages in den Vordergrund treten wird, ist selbstverständlich. Es ist nicht nötig, der Parteileitung noch eine besondere Direktive zu geben. Man glaubt von bestimmter Seite immer darüber machen zu müssen, daß die Parteileitung ihre Pflicht erfüllt, bis jetzt haben aber die zweitägigen Verhandlungen ergeben, daß die Genossen mit der Thätigkeit der Parteileitung zufrieden gewesen sind. Was den zweiten Antrag betrifft, so ist derselbe abgelehnt, sobald Sie die vom Partei-Vorstand beantragte Resolution annehmen. Ich meine, wir haben keine Veranlassung, die Kraftprobe mit dem Kapitalismus zu suchen. Können wir ihr nicht ausweichen, so wird sich kein Genosse finden, der feige genug wäre, ihr auszuweichen. So lange uns aber die Kraftprobe nicht aufgedrängt wird, werden wir sie nicht suchen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen und einstimmig die vom Partei-Vorstand beantragte Resolution anzunehmen.

Wortmeldungen zu diesem Punkte lagen nicht vor.

Nachdem Höpner (6. sächsischer Kreis) seine Anträge zurückgezogen hat, wird die Resolution des Partei-Vorstandes angenommen und nach Verlesung einiger eingelaufener Telegramme die Sitzung um 7 Uhr geschlossen.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Der Vorsitz führt Klob.

Zum Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wozu die Anträge von 66 bis 82, 86 (Absatz 4 bis 8), 92, 94, 96 und 104 mit zur Verhandlung gestellt werden, erhält als Berichterstatter das Wort

Wurm: Ich will mich auf die Einzelheiten unserer parlamentarischen Thätigkeit während der letzten Session nicht einlassen, da Ihnen ja der gedruckte Bericht über die Thätigkeit der Fraktion vorliegt, sondern nur die großen Gesichtspunkte hervorheben, obgleich sie schon in der bisherigen Debatte gestreift sind. Der Bericht, der übrigens nur von einem einzelnen Fraktionsmitglied verfaßt ist und nicht von der ganzen Fraktion durchgesehen wird, hat in seiner Begründung der Thätigkeit all die Motive zusammengefaßt, die bisher in der Fraktion maßgebend waren bei ihren Abstimmungen. In erster Linie handelt es sich dabei um die Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik, diese beiden Lebensfragen für die Arbeiterbewegung. Das

sind sie in der That. Solange der Militarismus in seiner heutigen Form besteht, solange eine stehende Armee blind gehorchen muß dem obersten Kriegsherrn, solange ist die Gefahr vorhanden, daß diese Armee auch gegen den inneren Feind ins Feld geführt wird. Es ist ja von jeher der heftigste Wunsch aller Reaktionsäre, Heer und Volk einander gegenüber zu stellen. 1848 hieß es: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten, 1878 sprach Graf Selenburg von der Fronte, die schlecht, und dem Säbel, der hart, und Bismarck's Wünsche nach dieser Richtung werden gerade jetzt wieder durch die Indiskretionen des Herrn Busch enthüllt. Unsere Gegner träumen von einem Zusammenstoß zwischen Militär und Volk, und große Kreise im gegnerischen Lager setzen Alles daran, diese Träume zur Wirklichkeit zu machen. Das ist die drohende Gefahr der Katastrophe von oben. Der Militarismus ist nicht nur eine Gefahr für den Frieden nach außen, sondern auch für den Frieden nach innen, denn die Gefahr liegt nur zu nahe, daß die Machthaber sich eines schönen Tages die Frage vorlegen: wozu haben wir denn eigentlich ein so vorzügliches Werkzeug, wenn wir es nicht benutzen sollen gegen die, die uns im Lande unbequem sind, denen wir das Recht der Existenz nicht zuerkennen? Deshalb schrieb ich in dem gedruckt vorliegenden Bericht der Fraktion:

„Unsere Fraktion stimmte wie stets gegen den Etat, sowohl weil die Mittel für denselben zum großen Theil durch die indirekten, die Unermeren am schwersten belastenden Steuern aufgebracht werden, als auch wegen seiner hauptsächlichsten Verwendung für den Militarismus, dessen Rüstungen nicht den Frieden sichern, sondern die Kriegsgefahr noch vergrößern. Unsere Etatsredner haben diese kulturfeindliche Wirkung des Militarismus stets energisch klargestellt, die Mehrheitsparteien wie die Regierung haben uns widersprochen — jetzt muß selbst ein russischer Zar zugestehen, daß der Militarismus eine Geißel der Völker ist!

Unsere Ablehnung des Etats geschah und geschieht aber nicht nur wegen der Ausbringung und Verwendung der Mittel, sondern sie ist eine notwendige Folge unserer ganzen grundsätzlichen Stellung zum herrschenden Klassenstaate, dem die Sozialdemokratie als Vertreterin der unterdrückten und besitzlosen Klasse alle Mittel verweigert, mit denen die politische und wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiter aufrecht erhalten werden kann.“

Ueber diese unsere Stellung zum Etat und zum Militarismus ist in der Fraktion niemals eine Meinungsverschiedenheit zu Tage getreten, und soweit dies außerhalb der Fraktion geschieht, ist, handelt es sich um Mißverständnisse. Auf einem solchen Mißverständnis beruht es, meiner Meinung nach, daß die Frankfurter „Volkstimme“ diese Stelle aus meinem Bericht in Gegenfall stellte zu dem Ergebnis der Verhandlungen auf dem Hamburger Parteitag, zu den Ausführungen von Schippel und Auer. Nach dem Protokoll, Seite 188, hat aber damals Auer ausdrücklich gesagt: „Wir sind gegen alle Bewilligungen, weil wir grundsätzliche Gegner des Militarismus sind“. Ich sehe also keinen Widerspruch. Sollte ich mich täuschen, können wir uns hier ja darüber aussprechen. Eine zweite Meinungsdivergenz, die sich nachher als ein Mißverständnis herausstellte, hat die Fraktion beschäftigt: Es war die Rede Heine's im dritten Wahlkreise. Der erste Bericht über die Rede im „Vorwärts“ war ungenau. Heine veröffentlichte dann den genauen Wortlaut. Darauf ging hervor, daß er gleich zu Anfang gesagt hat: „Das, was wir als Militarismus grundsätzlichen bekämpfen müssen, ist das heutige Armeesystem und der Geist der Armee, der dem des Volkes entgegengesetzt wird. Deshalb ist es selbstverständlich, daß ich dieser Regierung nie einen Mann und einen Groschen bewilligen würde, auch das nicht, was für die Armee unbedingt nötig

wäre. Erst im weiteren Verlauf der Rede sagte Genosse Heine: „Wer von vornherein erklärt, einer Anforderung des Gegners gegenüber, immer und unter allen Umständen bloß nein sagen zu wollen, der verzichtet damit gerade so gut auf das in seiner Bewilligung liegende „Kompensationsobjekt“, wie der, der sofort ja sagt.“ — „Es giebt militärische Aufwendungen, die an sich zur Verteidigung der Nation notwendig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen. Dazu würden z. B. die neuen Geschütze gehören.“ — „Solche Militärforderungen könnte nach meiner Meinung auch der Sozialdemokrat bewilligen, wenn er genügende Gegenleistung erhalte, wenn werthvolle Volksfreiheiten dafür gewährt würden.“ Aus diesen Aeußerungen entnahm so ziemlich die gesammte öffentliche Meinung, daß Heine gesagt habe: „Kanonen für Volksrechte“, und daß er die Kanonen dem herrschenden militärischen System innerhalb des Klassenstaates bewilligen wolle. Die Fraktion hat sich mit dieser Frage beschäftigt und Genosse Heine hat da die bündige Erklärung abgegeben, daß davon absolut nicht die Rede sein könne. Nach dieser bündigen Erklärung, an der zu zweifeln wir nicht das geringste Recht haben; erließ am 23. Februar 1898 die Fraktion folgende Erklärung: „Nachdem die Fraktion auf Grund der Erklärungen des Genossen Heine sich überzeugte, daß der Gedanke ihm fern gelegen hat, sich mit dem herrschenden System in eine Kompensationspolitik einzulassen, und daß er durchaus auf dem Boden der bisherigen Politik der Partei und der Fraktion steht, erklärt die Fraktion, daß für sie die Angelegenheit befriedigend erledigt ist.“

Die Mißverständnisse, die sich an diese Rede Heine's anknüpften, kamen daher, daß Genosse Heine in den Fehler verfallen war, den er gestern bei Anderen so scharf tabelte: daß er nämlich Zukunftsstaatsmalereien vorbrachte. Daß wir unser Bewilligungsrecht ausüben können, um Macht zu gewinnen, ist selbstverständlich; das ist ja das Wesen des Parlamentarismus. Aber dem Staate, der seine Macht anwendet gegen das Volk, wird auch Genosse Heine keine neuen Mittel bewilligen. Heine sagte gestern, wir sehen dem Staat die Pistole des Bewilligungsrechts auf die Brust. Nun, wenn wir dem Staate die modernen Pistolen, die Kanonen bewilligen, dann setzen wir nicht ihm, sondern er uns die Pistole auf die Brust. Wir fordern, daß die Verteidigung des Landes organisiert wird auf demokratischer Grundlage, wir fordern das Milizsystem, weil dies die demokratische Organisation ist, weil das Milizsystem es unmöglich macht, daß die Armee ein blindes Werkzeug in der Hand des obersten Kriegsherrn ist und daß ihr eines Tages Kommandirt werden könnte, ihr müßt auf Vater und Liebknecht gegenüber, daß das Milizsystem meine unseren Rednern Bebel und Liebknecht gegenüber, daß das Milizsystem theurer werden würde, als das jegige System des stehenden Heeres. Das ist nicht richtig. Aber selbst, wenn es richtig wäre, so meine ich, könnte keine Summe dem arbeitenden Volke zu hoch sein, um den heutigen Militarismus, das System des stehenden Heeres und des blinden Gehorsams, diesen Alp der Volkfreiheit, los zu werden, um so dem Volke Freiheit zu schaffen für seine wirtschaftliche und politische Entwicklung und damit für die Erwerbung seines Brodes. Die zweite wichtigste Frage ist die Kolonialpolitik. Auch hier hat innerhalb der Fraktion nicht die geringste Meinungsverschiedenheit bestanden. Der Bericht der Fraktion läßt über unsere Stellung nicht den geringsten Zweifel. Die Gründe sind mit voller Klarheit und Schärfe dort dargelegt. Auch hier kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion, nicht mit Fraktionsmitgliedern, sondern mit der Redaktion des „Vorwärts“, die in der China-Politik eine andere Stellung einnahm. Hierauf erließ die Fraktion am 20. Januar 1898 folgende Erklärung: „Zu dem Eroberungszug nach China steht die Fraktion in der entschiedensten Gegnerschaft; die Redner der Fraktion werden bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit dieser Aufzählung Ausdruck

geben.“ Die Gründe, die die Fraktion veranlassen, gegen die Kolonialpolitik Stellung zu nehmen, sind Gemeingut sozialdemokratischen Denkens. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dem herrschenden System nicht auf Kosten der Arbeiter Mittel zu Gunsten der kapitalistischen Klasse bewilligen können, die die Möglichkeit der Ausbeutung noch steigern. Unsere Kolonialpolitik hat ja mit Recht den Spott der Welt herausgefordert. Wenn wir bedenken, daß unsere werthlosen afrikanischen Besitzungen einen Zufluß von jährlich 18 Millionen erfordern, der ganze Handel dagegen nur 11 Millionen beträgt, wovon ein Fünftel der Einfuhr noch auf Spirituosen entfallen, so kann man sich ein Bild davon machen. Aber China wird werthvoller sein! hieß es damals. Nun, was bisher über den Werth von Kiautschou verlautet, das fordert zum Spott und zur Verhöhnung heraus. Wenn wir aus den Schilderungen von Paul Goldmann in der „Frankfurter Zeitung“ hören, wie klug und weise unser Kolonialamt es verstanden hat, Kiautschou zu einer kleinen Polizeistatiale Deutschlands zu machen, wenn wir hören, daß man zwar nicht für genügende saubere Wohnungen für die Soldaten sorgte, daß man sich aber beeilte, dafür zu sorgen, daß man nicht ohne Schwimmbäder badet und daß die Hunde einen Maulkorb haben (Heiterkeit), dann muß man sich wundern über die junckerlich-bureaucratische Weisheit, die sich in diesen Erlassen bekundet. Nein, wir haben kein Vertrauen, daß es dieser junckerlichen Bureaucratie möglich sei, eine solche Kolonialpolitik zu treiben wie etwa England. Wir Sozialdemokraten haben uns von vornherein ablehnend gegen die Kolonialpolitik verhalten und wir haben keine Veranlassung, in Zukunft eine andere Stellung einzunehmen. Wir wissen, daß jede Ausdehnung der Kolonialpolitik den Militarismus stärken muß.

Wenn Meinungsverschiedenheiten aufzutauchen, so ist es einer demokratischen Partei erste Pflicht, sie in öffentlicher Diskussion zu verhandeln. Bestreidenpiel und Vertuschen ist einer demokratischen Partei unwürdig. Bisher haben alle Meinungsverschiedenheiten, die aufzutauchen, nachträgliche Erklärung als Mißverständnisse gefunden. Aber ich habe die feste Zuversicht: Wenn es nicht mehr Mißverständnisse geben sollte, wenn wirklich andere Meinungen eines Tages auftreten sollten, dann wird die Partei durch ihre maßgebende Vertretung, den Parteitag, das Steuerruder des Parteschiffs ergreifen und mit einem hörbaren Ruck nach links werfen. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender **Riß** stellt die Unterstützungsfrage bezüglich der zur Verhandlung gestellten Anträge. Die Anträge 74, 77, 79 und Absatz 8 von 86 finden nicht genügend Unterstützung. Antrag 78 ist erledigt durch die Unterstützungsfrage zu 73 und 74, Antrag 93 zurückgezogen zu Gunsten von 104.

Auf Vorschlag von **Singer** erstreckt sich die Diskussion zunächst auf die bisherige Thätigkeit der Fraktion, beziehungsweise auf den Bericht von **Wurm**.

Wohle-Sträßburg: In dem Berichte des Partei-Vorstandes ist auf die obligatorische Einführung der Gewerbeberichte aufmerksam gemacht. Ich setze es als selbstverständlich voraus, daß die Fraktion auch in der nächsten Session einen bezüglichen Antrag stellen wird. Die Fraktion scheint aber der falschen Meinung zu sein, daß die Durchführung der Gewerbeberichte in den Reichsländern vollendet ist. Dem ist nicht so! Auch in dieser Beziehung äußert sich die Wirkung des Ausnahmegesetzes. Mit aller Energie muß darauf gedrungen werden, daß diese Schmach des 19. Jahrhunderts endlich beseitigt wird.

Dr. Quard-Frankfurt a. M.: Wie Genosse **Wurm** bin ich der Meinung, daß Meinungsverschiedenheiten bezüglich der praktischen Politik, wenn solche in erheblicher Weise vorhanden sind, bei diesem Punkt vorzubringen wären. Hier handelt es sich um unsere aktuelle Politik, wie sie von unserer Fraktion an offizieller Stelle im Reich vertreten wird. Hier hätte meines Erachtens mit Demjenigen eingesezt werden müssen, was in den zwei ersten Verhandlungstagen so breit besprochen worden ist, wenn an dem Vorgebrachten etwas politisch

Erhebliches gewesen wäre. Der größte Fehler unserer theoretischen Kritiker, so sehr man in Einzelheiten mit ihnen übereinstimmen kann, ist aber eben, daß sie keine Politiker sind und die Fühlung mit der praktischen Arbeiterbewegung verloren oder nie gehabt haben. Daher erklären sich die Debatten der letzten Tage, die glücklich damit abschlossen, daß unser Freund **Kautsky** uns mit einer Reihe von Katastrophen-Prophezeiungen überraschte. Dabei stehen wir in einer politischen Situation, in der die Kanonen des preussischen Militarismus scharfer als je gegen uns gerichtet sind, in der eine Zuchthausvorlage gegen das Koalitionsrecht droht und in welcher der Kampf mit dem preussischen Junkertum, unserem gefährlichsten Feind, bei den preussischen Landtagswahlen unmittelbar bevorsteht. Theoretische Erörterungen über das Endziel in einer solchen Lage haben etwas sehr Eigentümliches. Es giebt Genossen, welche noch den zwei Tagen die ganze Nacht noch im Traume schwer mit dem Endziel gerungen haben und heute früh mit einem kolossalen Katzenjammer erwacht sind. (Heiterkeit.) Ich habe deshalb nur das Wort ergriffen, weil Genosse **Wurm** unser Blatt erwähnte. Wir haben auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen dem Fraktionsbericht und der bekannten Aeußerung **Kuer's** wegen der Soldaten besteht, die wir nicht mit Stöcken ins Feld schicken können. Wenn jetzt Genosse **Wurm** als Parlamentsberichterstatter erklärt, daß es sich nur um eine näherstehende Aeußerung **Kuer's** dreht, daß **Kuer** ganz auf dem Standpunkt des Fraktionsberichts steht, und wenn **Kuer** dem nicht widerspricht, so haben wir keinen Anlaß mehr, auf die Sache näher einzugehen und in der heutigen politischen Lage skeptischer zu sein als der Fraktionsberichterstatter. Wir freuen uns dann, daß wir in der Militärfrage alleammt einig auf dem klaren und energischen Standpunkt des Fraktionsberichts stehen. (Zustimmung.)

Singer: Es ist ja durchaus erklärlich, daß, nachdem hier zwei Tage lang über die von der Partei einzuschlagende Taktik, über die Weiterverfolgung des Endzieles der Partei gesprochen worden ist, der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion nicht mehr den Raum in der Diskussion einnehmen wird, den er sonst vielleicht gefunden hätte. Aber ich bin der Meinung, daß es doch notwendig sein wird, auch bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß durch die Diskussion namentlich am gestrigen Nachmittag, durch den lebendigen Beifall, den die Ausführungen der Genossen **Kautsky** und **Giebke** in dieser Frage gefunden haben, festgestellt ist, daß die Thätigkeit der Fraktion, welche bisher genau auf demselben Standpunkt gestanden hat, den die beiden Genossen in ihren Ausführungen gegen **Bernstein**, **Helne**, **Wollmar** und **Andere** gekennzeichnet haben, demjenigen entspricht, was die Gesamtpartei von ihrer parlamentarischen Vertretung verlangt. Wir haben innerhalb der Fraktion, entsprechend den Ansichten, die die Partei auf ihren Parteitagen Jahr für Jahr zum Ausdruck gebracht hat, immer den Standpunkt vertreten, wir sind nicht im Parlament um des Parlaments wegen, sondern wir sind im Parlament, um die Forderungen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu erkämpfen. (Sehr richtig!) Ist aber dieser grundsätzliche Standpunkt richtig, dann kann im Parlament von einer Kompromisselei, von einer Taktik, wie sie jetzt von **Wanzen** empfohlen wird, nicht die Rede sein, dann kann keine Rede davon sein, daß man Kanonen gegen Volksrechte austauscht. Nach unserer eingehenden gestrigen Diskussion kann ich mit Freuden konstatieren, daß der Standpunkt der Gesamtpartei in keiner Weise geändert ist. (Sehr richtig!) Und ist das der Fall, dann brauchen wir aber Vergangenes und nicht mehr lange anzuhalten, dann wird auch denjenigen Genossen, die, wie ich überzeugt bin, aus lauterstem Eifer der Meinung sind, daß die bisherige Taktik der Partei in bestimmten Dingen geändert werden muß, der Beweis geliefert sein, daß die Gesamtpartei keine andere Vertretung ihrer Sache im Parlament will, als bisher. (Sehr wahr!) Das ist das erfreuliche Fazit, welches man aus den gestrigen

Verhandlungen ziehen kann. Wenn in einer Reihe von einzelnen Fragen Meinungsabweichungen vorhanden sind, so ist das durchaus erklärlich, denn wir sind keine Fraktion von Automaten, wir sind eine Fraktion von lebendigen Menschen, die Jeder für sich ihre Ansicht haben. Das, was uns eint, was uns Allen gemeinsam ist, das ist unser Programm, das ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, das ist der Kampf für Befreiung der arbeitenden Klasse. Die notwendige Aufgabe ist, niemals abzuweichen von dem Standpunkte des Massenkampfes. (Beifall.) In diesem Rahmen können über einzelne Fragen Meinungsverschiedenheiten herrschen. Es kann sich aber nicht darum handeln, daß die Gesamttätigkeit der Partei in irgend einer Weise geändert wird.

Dem Fraktionsbericht selbst habe ich nichts hinzuzufügen. Ich bin überzeugt, daß der Bericht im Großen und Ganzen die Ansicht aller Mitglieder der Fraktion wiedergibt, deshalb will ich den Parteitag mit Wiederholungen nicht aufhalten, sondern nur die Ueberzeugung und den Wunsch aussprechen, daß die Fraktion auch in der Folge fortfahren wird, so wie bisher dem Programm entsprechend die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

Ohne auf die Anträge im Einzelnen jetzt einzugehen, möchte ich mir ganz im Allgemeinen an den Parteitag die Bitte richten, sich doch zu überlegen, daß die Erfüllung der Aufgaben, die der Parteitag der Fraktion stellt, auch von Umständen innerhalb des Parlaments selbst abhängt. (Sehr richtig!) Der Parteitag und die gesammte Partei darf aus dem Umstande, daß vielleicht der eine oder andere Antrag nicht sofort eingebracht oder verhandelt wird, nicht etwa den Schluß ziehen, daß die Fraktion den ihr vom Parteitag gegebenen Aufträgen gegenüber harthörig ist. Sie dürfen überzeugt sein, daß dann die parlamentarische Lage Schwierigkeiten mit sich bringt, die die Einbringung oder Verhandlung der Anträge unmöglich machen. Ich werde nachher Gelegenheit haben, das bei den einzelnen Anträgen nachzuweisen. In diesem Augenblick lag mir nur daran, daß auch aus der Mitte der Fraktion heraus öffentlich vor der Partei und vor unseren Gegnern konstatiert wird, daß, mögen auch einzelne abweichende Stimmen in der Presse oder in Versammlungen sich geltend machen, weder in der Fraktion noch in der Partei daran gedacht wird, das große Prinzip, das uns zusammengeführt hat und der energische Kampf für die Erreichung unserer Endziele auch nur um Haaresbreite zu verlassen. (Lebhafter Beifall.)

Schoenlant: Ich kann Wort für Wort unterschreiben, was Wurm im Auftrage der Fraktion von dieser Stelle ausgesprochen hat. Wenn jemals die Vermittlungs-, die Ausgleichspolitik kläglich Fiasko vor den Tatsachen erlitten hat, dann jetzt. Kanonen sollen gegen Volksrechte eingelauft werden. Nun, die Regierung ist gerne bereit, uns Volksrechte gegen Kanonen zu geben, aber in dem Augenblick, wo wir die Volksrechte praktisch anwenden wollten, da würden die bewilligten Kanonen gegen die Volksrechte und ihre Wertebilder losgehen. (Sehr richtig.) Die Kanonenpolitik ist eine Utopie, sie zeugt von einem sehr geringen Verständnis der Situation und der Entwicklung der Dinge. Zu einem Augenblick, wo die deutsche Bourgeoisie vollkommen einig ist, auf wirtschaftlichem Gebiete Hungerpolitik zu treiben, die Brotpolitik zu erhöhen; in einem Augenblick, wo der Militarismus und Marinismus mit den dreifachen Anforderungen hervortreten, nachdem eben erst die Flottenvorlage bewilligt ist; in einem Augenblick, wo das deutsche Bürgerthum, soweit es Einfluß besitzt, das allgemeine Wahlrecht für den eigentlichen Kreisbundes anstrebt, dem Arbeiter das Wahlrecht nehmen will, zu einer Zeit, wo die deutsche Bourgeoisie, geführt von einem Mann wie dem Grafen Potjomkowsky und inspiriert durch den Herrn von Saarabien, v. Stumm, nicht allein fordert, daß das arbeitende Volk politisch entrechtet wird, sondern ihm auch das höchste soziale und ökonomische Recht, das Koalitionsrecht entreißen will; in einer Zeit

des Kampfes der isolierten Kapitalisten des mobilen und agrarischen Kapitals; in einer solchen Zeit haben wir alle Ursache, bei aller Objektivität in der Diskussion, bei Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen, dafür zu sorgen, daß wir die Kampfpartei sind, die wir allein berufen sind zu sein, eine geschlossene, einheitliche, rücksichtslose, radikale Taktik befolgen; unsere letzten Ziele offen darzulegen, auf das schärfste zu betonen, daß nur mit der alten proletarischen Taktik, die keine Vermittlungs- und keine Veröhnungspolitik kennt, Kampf bis zum Neuesten, Kampf gegen dieses System, Kampf gegen die Ueberseepolitik, gegen die verfliegene Kreuzfahrtromanik, gegen die Gesellschaft, die mit eiserner Faust zerschmettern will die Volksrechte, das Koalitionsrecht. Dazu brauchen wir einen Zusammenschluß aller Genossen. Da müssen diese Meinungsverschiedenheiten, die gar nicht so tief gehen wie unsere Gegner meinen, zurücktreten gegenüber unserer aktuellen wichtigsten Hauptaufgabe, dem Zusammenschluß der Partei im Parlament, in der Presse, in der Organisation, dem Kampf für die Erhaltung unserer kümmerlichen Volksrechte. (Beifall.)

Weuß: Ich hatte jedoch den Eindruck, als wären wir in einer Volksversammlung. (Sehr richtig), in der wir nötig hätten zu lernen, was wir schon seit Jahrzehnten wissen. (Sehr wahr.) Was war nicht der Ausdruck des Machtgefühls (sehr wahr), sondern der Angst. (Sehr gut.) Wir haben keinen Grund, so zu thun, als ob man mächtiger ist, als wir thatsächlich sind. Schoenlant sagt, wenn man Kanonen bewilligt gegen Volksrechte, dann werden die Kanonen auf die Volksrechte geschossen. (Sehr richtig!) So leicht schießt es sich mit Kanonen nicht. (Lachen.) Die Erregung über den Militarismus ist im Volke schon jetzt sehr groß, und diejenigen Leute, die es sich so leicht vorstellen, auf das Volk zu schießen, könnten in dem Augenblick, wo sie das wirklich thun wollten, doch sehr böse Erfahrungen machen. Wir haben alle Veranlassung, mit aller Ruhe, mit aller selbstbewußten Ruhe unsere Arbeit, wie wir sie bisher gethan haben, an der Aufklärung des Volkes weiter zu thun, und brauchen nicht ängstlich zu sein, als ob man alsbald mit Kanonen auf uns schießen wird. Wir bieten uns nicht den Kanonen an und brauchen deshalb auch nicht zu befürchten, daß wir mit ihnen in Konflikt kommen. Darum setze ich nicht ein, warum wir uns so Angst machen sollen, als ob es schon morgen losgehen könnte. Mir scheint, daß man mit großen Worten die Massen fortreiben möchte. (Sehr gut.) Es geht nicht so schnell, wie wir es uns einbilden. Der kapitalistische Staat von heute ist nach 10, nach 50 Jahren ein ganz anderer. Es steht mit dem Denken, das uns Marx und Engels gelehrt haben, im Widerspruch, wenn wir den kapitalistischen Staat uns so verbärtet vorfallen, als ob er immer derselbe bliebe. Der bestehende Staat ist immer ein Kompromiß der verschiedenen Machtverhältnisse. Heute ist der Kapitalismus noch so mächtig, die Arbeiterklasse noch so schwach, daß der Staat ganz natürlich den kapitalistischen Interessen Rechnung trägt. Wenn wir aber dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse mächtiger wird als die kapitalistische, und das wollen wir ja, dann muß auch dieser Staat Rechnung tragen dieser Macht der Arbeiterklasse. Darum habe ich auch keine Sorge, daß wir nicht schließlich unser Ziel erreichen. Weil ich ganz fest davon überzeugt bin, daß die jeweiligen Machtverhältnisse weit entscheidender sind als papierne Gesetze. (Lachen.) Wir verfolgen unser Ziel, die Arbeiterklasse zur Macht zu bringen, in ruhiger Arbeit und dann wird auch eines Tages die Möglichkeit der Umwandlung des heutigen Staates, auch des Militarismus kommen. Ich sehe schon im Geiste die Zeit kommen, wo wir den heutigen Militarismus umwandeln werden in eine gewaltlose Turnanstalt des Volkes. (Lachen und Beifall.)

Müller-Harburg: Wir sind und bleiben eine Kampfpartei und haben deshalb keine Angst. (Beifall.) Aber wir müssen vorbereitet sein auf das, was kommen kann, denn es geht etwas vor in den hohen Regionen. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach: In der allgemeinen Situation hat sich durch die Deynhäuser Rede absolut nichts geändert. Daß man uns im Zuchthaus haben möchte, wußten wir schon früher. Zu der Aufregung Schoenlank's war kein Grund. Es ist der alte Kurs und deshalb brauchen wir nicht mit Kanonen nach Spanien zu schießen. Allerdings bin ich nicht der Meinung des Peus, daß die Kanonen nicht so leicht losgehen können, aber wir müssen selbstverständlich unverrückt in engem Zusammenschluß auf unser Ziel marschieren. Darüber besteht kein Meinungsunterschied. Auch Genosse Heine ist der Überzeugung, daß wir nur mit Ausbietung aller Kraft und unter Befolgung der bisherigen Taktik dem Gegner imponieren und vorwärts schreiten können. Es ist gar keine Veranlassung, uns an revolutionären Phrasen zu verhaften. (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich behaupte, mindestens so revolutionär zu sein als jene Herren und Damen, die uns in den letzten Tagen ihre besonderen revolutionären Auffassungen vorgetragen haben. (Sehr gut!) Mindestens manchmal kommt es mir sogar vor, als ob wir in unserer Ruhe (sehr wahr!) und unserer klaren Voraussicht diejenigen, was kommen wird, weit revolutionärer sind, als die, die immer revolutionär reden. Wir haben keine neue Taktik einzuschlagen. Wir haben auf dem alten Wege weiter zu arbeiten. Gewiß, man wird uns in der nächsten Zeit schärfer ansassen, man wird uns wieder durch Nabelstiche zu Dummheiten zu verleiten suchen. Demgegenüber haben wir die Pflicht, uns in unserer Ruhe nicht betreten und uns weder nach rechts noch nach links von unserer Haltung abdrängen zu lassen. (Beifall.)

Wesling-Bremen: Am dem Bericht der Fraktion habe ich nichts auszuwenden. Ich bin mit der Thätigkeit unserer Vertreter im Parlament völlig einverstanden. Gelingen kann ich der Ansicht Ulrich's, daß sich die Situation nicht geändert hat, nicht bestimmen. Die Februarverträge können doch nicht das Produkt derselben Anschauung sein wie die Deynhäuser Rede. (Sehr richtig.) Dem Druck von Oben müssen wir Druck von Unten entgegensetzen und deshalb muß unsere Fraktion sofort beim Zusammentreten des Reichstags eine Interpellation über die Lage einbringen. Die Situation ist erregt und deshalb müssen wir die Mittel suchen, die uns über diese erregte Lage hinweghelfen.

Schoenlank: Ich habe keine Veranlassung eingehend auf Peus einzugehen, seine phantastische Vorstellung von der Umwandlung des kapitalistischen Staates entspricht so wenig der wissenschaftlichen Ueberzeugung, die wir haben, daß mich seine Bemerkungen, ich hätte wie ein Volksversammlungsredner, das heißt, wie der Parteigenosse zu Parteigenossen reden muß, geredet, sehr läßt lassen. Besser im Tone eines Volksversammlungsredners reden, als im Tone eines langweiligen Sonntagnachmittags-Prebigers. (Heiterkeit.) Genosse Ulrich ist mit mir grundsätzlich nicht einverstanden. Er predigt Ruhe und Geduld in demselben Augenblick, wo die Arbeiterklasse ergrimmt ist und Front macht gegen die Zuchthausvorlage, in demselben Augenblick, wo das Schöngericht der Sozialreform von Oben sich verwandelt hat in die rückwärtslose Zwangspolitik des Reichers und Zuchthaus. Kaltes Blut hat die Sozialdemokratie stets bewahrt. Die Aufrüttelung der Massen ist unsere Aufgabe. Vielleicht hätten wir eine ähnliche Taktik, wie sie Genosse Ulrich empfiehlt, auch bei der Reichstagswahl anwenden sollen. Damit hätten wir schöne Resultate erzielt. Wir sind nicht dazu da, um dem arbeitenden Volke Beruhigungsmittel zu geben, aufzutreten zum Kampfe wollen wir die Massen. Was bedeuten denn die großen Worte von Peus? Ist es etwa nicht wahr, daß der deutsche Kaiser ausdrücklich die Einbringung einer Vorlage angekündigt hat, die etwas einführt, was bisher in keiner Gewerbe-Ordnung des Deutschen Reiches möglich und denkbar gewesen ist, die das Zuchthaus in Aussicht stellt für die sogenannte Anreizung zum Streik? Wenn das kein Umschwung ist, dann giebt es überhaupt keinen Fortschritt von den schwächeren Mitteln der Gewalt zu

den allersthärftsten. Noch nie ist im Deutschen Reich so offen die Verschlechterung des Reichstags-Wahlrechts gefordert worden. Ist das keine Thatfache? Und wird die Verschlechterung nicht kommen? Anzeichen genug sind da. Haben nicht angesichts des Genfer Attentates die einflussreichen Stamm'schen Organe sofort geschrieben: her mit einem neuen Sozialistengesetz! Da muß das Volk ausgerüttelt, organisiert werden zum Protest, um wenigstens die schlimmsten Pläne der Reaktion zu vereiteln. Die große Masse der deutschen Arbeiter ist mit mir der Meinung, daß man jetzt nicht beruhigen darf, sondern rufen muß: Auf zum Kampfe! (Beifall.)

Dr. David: Die Nervosität eines Einzelnen mag hingehen, aber nicht die Nervosität einer ganzen Partei. (Sehr richtig.) Am allerwenigsten ist sie am Plage der Nervosität der Regierung gegenüber. (Sehr richtig.) Wir machen damit mehr aus ihr, als wirklich vorhanden ist. Gerade dieser Nervosität gegenüber heißt es für uns, ruhig zu bleiben, kaltes Blut zu haben und auf dem Wege weiter zu schreiten, den wir bisher gegangen sind. Stellen Sie sich vor, wir Alle machten es so wie Genosse Schoenlank. Wir gäben zu, daß wir vor einer drohenden Gefahr stünden und griffen zu einer rabiateren Taktik. Liefernten wir damit der Regierung nicht gerade das erwünschte Material für ihre Zuchthausvorlage, womit sie die bisher widerstrebenden Theile des Bürgertums gewinnen könnte? (Sehr richtig.) Es ist schädlich, wenn wir uns in diesem Moment nervös zeigen, wir dürfen nicht, wenn wir von kapitalistischen Staat sprechen, immer nur an Preußen-Deutschland denken. Es giebt auch kapitalistische Staaten, wo andere Zustände herrschen, z. B. die Schweiz, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Umhüllung des kapitalistischen Staates zur demokratischen Form ist eine Nothwendigkeit des Kapitalismus selbst. Sie sehen ja, wie der moderne Kapitalismus damit ringt, aus der Staatsform herauszukommen, die dem preussischen Junkerstaat aufgewungen ist. Nun ist heute wieder die Kanonenfrage angeschnitten. Ich erinnere daran, daß Heine ja ausdrücklich gesagt hat, er glaube nicht daran, daß wir in Deutschland in absehbarer Zeit Zustände erlangen, wo man Kanonen gegen Volksrecht austauschen könnte. Es war eine reine Doktorfrage, aber sehen Sie doch auf die Schweiz. Die Schweiz ist auch ein kapitalistischer Staat und trotzdem bewilligen unsere Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften Waffen für das Heer. Fast man die ganze Kanonenfrage als Doktorfrage auf, so hat man wahrlich nicht nöthig, drei Tage lang mit Kanonen auf Kanonen zu schießen. (Heiterkeit.) Verbringen wir also nicht noch einen Tag mit diesen Debatten. An der Haltung der Fraktion haben Sie nichts auszuwenden. Geben Sie also Ihre Zustimmung dazu, daß sie auf dem bisherigen Wege fortfährt. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen.

Loß schlägt vor, daß jetzt zunächst die einzelnen Anträge begründet werden und daß dann über alle gemeinsam debattirt wird.

Mit diesem Vorschlag ist der Parteitag einverstanden. Es beginnt die Begründung der einzelnen Anträge.

Den Antrag 66 (Interpellation wegen der angebotenen Zuchthausvorlage) begründet **Geymann-Göttingen:** Wir wollen nicht die Fraktion im Auftrage überhäufen, sondern nur veranlassen, daß durch die Interpellation einmal klar gelegt wird, daß unsere Verfassung nur das Feigenblatt des Absolutismus ist. Wir dürfen nicht abwarten, bis im Reichstag die Zuchthausvorlage eingebracht wird, sondern wir meinen, daß die beste Abwehr der Fieb ist. Die Verbreitung der Renographischen Berichte über die Verhandlungen wird ein gutes Agitationsmittel bilden.

Antrag 67 (Regelmäßige Wiederholung des Antrags auf 8 jährige Legislaturperiode) wird von **Wers-Hilbesheim** begründet: Der Antrag ist gestellt.

um einmal offen zu zeigen, daß die bürgerlichen Parteien, namentlich das Zentrum, zwar vor der Wahl die Beweise ausgegeben haben: Schutz dem allgemeinen Wahlrecht, daß sie aber später bei der Stichwahl diesen Standpunkt verlassen haben. Es muß gezeigt werden, daß die Volkswahlbedrohungen sind. Dazu kommt, daß, wenn die Wahlen nur alle fünf Jahre stattfinden, sich unter den Genossen eine gewisse Schläflichkeit geltend macht.

Den Antrag 68 (Einführung des Achtstundentages) begründet **Braun-Dresden**: Die Forderung des Achtstundentages, auf die besonders die Gewerkschaften Wert legen, muß vom Parteitag hochgehalten werden, damit die Gewerkschaften sehen, daß die Partei etwas für sie thut.

Auf die Begründung des Antrags 69 (einheitliches Vereinsgesetz) wird verzichtet.

Antrag 70 (Interpellation wegen Aufhebung der Gefindeordnung) begründet **Braun-Königsberg**: Es handelt sich darum, die Fraktion durch einen Beschluß anzuhalten, die Regierung zu interpellieren, wann sie den Skandal befeitigen will, daß die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter noch immer unter einem Ausnahmegesetz stehen. Werden landwirtschaftliche Arbeiter gemißhandelt, dann wird auf die Gefinde-Ordnung hingewiesen, die es erlaubt, hält ein landwirtschaftlicher Arbeiter es bei seinem Herrn nicht mehr aus, so wird er wie ein Sklave zurückgeführt. Die Fraktion muß energisch auf Abhilfe dringen.

Zur Begründung des Antrags 71 (Schutz der Kinderarbeit in landwirtschaftlichen Betrieben) führt **Greiner-Aischersteden** aus, daß die Ausbeutung der Kinderarbeit sehr zunimmt. Einen besonders krassen Fall hat das Parteiorgan besprochen; da es aber nicht möglich war, alle Einzelheiten zu beweisen, so wurde der Redakteur zu Gefängnis verurteilt. Das hat uns veranlaßt, den Antrag einzubringen. Es muß endlich einmal von Reichs wegen gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit etwas geschehen, denn das ist nicht mehr als billig. Man darf nicht glauben, daß die Landarbeit für die Kinder nicht gesundheitsschädlich ist. Ebenso gut wie die in der Industrie beschäftigten Kinder müssen auch die in der Landwirtschaft thätigen geschützt werden. Eine landesgesetzliche Regelung genügt nicht, denn hierbei wird doch nur den Wünschen der Agrarier Rechnung getragen, die ja in den meisten Landtagen die Majorität haben.

Den Antrag 72 (Abschaffung der Gefindeordnung, Einführung von Landarbeiter- und Gefindegerichten, Unentgeltlichkeit ärztlicher Hülfen und freie Medizin) begründet **Wacker-Garburg**.

Zur Begründung des Antrags 73 (Einjährige Dienstzeit) bemerkt **David-Main**, daß schon ähnliche weitergehende Anträge seitens der Fraktion früher gestellt waren. Meinungsverschiedenheiten können darüber nicht bestehen. Ein äußerer Anlaß liegt vor, da das Bestreben herrscht, die zweijährige Dienstzeit nur auf bestimmte Zeit zu bewilligen, nicht aber sie gesetzlich festzulegen und sie abhängig zu machen von Bewilligungen weiterer Mittel. Dazu kommt, daß der Antrag ein vorzügliches Mittel ist, den Erlaß des Jaren auszugangen. Schon Engels hat darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Abkürzung nur auf dem Wege einer allmählichen Verkürzung der Dienstzeit möglich ist. Unsere französischen Genossen sind uns auf diesem Wege vorangegangen. Es ist eine taktische Notwendigkeit, daß auch die deutsche Sozialdemokratie einen Vorstoß unternimmt. Die Antragsteller haben sich absichtlich eine gewisse Beschränkung auferlegt in der Befürchtung, man könnte darin schon wieder eine Kompromisserei erblicken. Aber hauptsächlich ist die Einführung der einjährigen Dienstzeit ein Weg, um dem Endziel näher zu kommen. Die Forderung der einjährigen Dienstzeit erregt uns Sympathien bei Freund und Feind, wie Jeder erfahren hat, der auf dem Lande Agitation getrieben hat. Unsere Gegner getarnt dadurch, daß sie eine

umangenehme Situation, denn im ganzen Volk herrscht eine tiefe Mißstimmung gegen das Privilegium der jetzigen einjährigen Dienstzeit. Gegen dies Privilegium wollen wir Sturm laufen, aber nicht, indem wir es abschaffen, sondern indem wir es verallgemeinern. Der Beweis dafür, daß eine einjährige Dienstzeit völlig genügt, ist hinreichend erbracht. Wenn auf die höhere Bildung der Einjährigen hingewiesen wird, so sind wir gern bereit, die allgemeine Bildung zu heben. Ich bin überzeugt, daß wir, sobald unsere Schulen besser sind, sehr schnell zur Einjährigen-Dienstzeit kommen. Die Forderung des Militärsystems ist viel schwerer zu begründen, als die Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit. Wir müssen doch an die gegebenen Verhältnisse des heutigen Militarismus anknüpfen und denselben allmählig zum Militärsystem umwandeln. Auch Hauptmann Krafft weist ja nach, daß sogar eine Dienstzeit von neun Monaten genügt. Stimmen sie dem Antrag zu und stoßen sie sich nicht daran, daß er eine Beschränkung enthält, denn gerade diese Beschränkung ermöglicht es, auf die Massen einzuwirken. Dann wird auch der dümmste Bauernjunge einsehen, daß die Sozialdemokratie das Wohl des Volkes will. Wir selbst werden unserem Endziel näher kommen, und wir werden den Beweis erbringen, daß wir solidarisch sind mit unseren Genossen im Ausland, mit den Genossen in Frankreich, dem sogenannten Erbfeinde. (Beifall.)

Antrag 78 ist durch die Begründung des Antrags 73 mitbegründet.

Antrag 75 (Bescheinigung der Wahlprüfungen) findet keine Begründung.

Antrag 76 (Einführung verschlossener Wahlurnen) begründet **Everß-Hildesheim** mit der Nothwendigkeit, die Agitation unter der Landbevölkerung zu erleichtern, die sich fürchte, sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben. Er bittet um Ueberweisung des Antrags an die Fraktion zur Berücksichtigung.

Die Anträge 80, 81 und 82 finden keine Begründung.

Antrag 86 (Neueinbringung des Achtstundentages und des Arbeiterschutzes) wird von **Höppner-Dresden** begründet: Das Bedürfnis nach einer erneuten Verhandlung des Arbeiterschutzes-Entwurfes der Fraktion im Reichstage ist allgemein in der Partei gerade angeichts der Deynhäuser Rede vorhanden.

Die Anträge 92, 94 und 104 (Sicherung der Druckschriftenvertheilung, des Versammlungsrechtes und Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagrafen) begründet **Thiel-Rassel**: Es wirft ein bezeichnendes Licht auf unsere politischen Zustände, daß der Antrag 92 überhaupt noch nöthig ist. Man sollte glauben, die Vertheilung von Druckschriften während der Wahlzeit sei gegen Vergewaltigung seitens untergeordneter Behörden sichergestellt. Da sollte doch unsere Fraktion einmal im Reichstage den Herren, die ihre eigenen Hausgesetze haben zur geistigen Bekämpfung der Sozialdemokratie, gehörig auf die Finger klopfen. Zumal bei uns in Hessen ist es nothwendig. Redner giebt ein drastisches Bild der Wahlfreiheit und des Wahlheimnisses bei den letzten Wahlen in der Provinz Hessen. Im Antrag 104 beantragen wir nur, daß das Wenige, was wir an Vereins- und Versammlungsrecht besitzen, uns nicht noch beschneiden wird. Was Antrag 94 anlangt, so stehe ich nicht auf dem Standpunkte des Genossen Peus, daß ihn die Deynhäuser Rede kalt läßt. Ich denke, keinen Menschen läßt es kalt, wenn er als Zuchthausaspirant bezeichnet wird. Der Braunschweiger Antrag, der eine Interpellation wegen der Kaiserrede fordert, geht mir nicht weit genug; ich denke, wir haben alle Veranlassung, den Punkt über das i zu setzen und nachdrücklich rückhaltlos und demonstrativ unsere Meinung zu sagen. Dazu muß aber erst der Riegel des § 95 des Reichs-Strafgesetzbuches beseitigt werden.

Dr. **Weyl-Berlin** spricht für den Antrag 96 aus Ottenen, der die Aufhebung des Zwangsweges fordert. Selbstverständlich kann sich eine politische Partei unmöglich auf einen Standpunkt in wissenschaftlicher Beziehung festlegen.

Auf dem Frankfurter Parteitag wurde ein Antrag, der die Partei verpflichten wollte, gegen den Zwang zur Stellung zu nehmen, nur gegen eine große Minorität abgelehnt. Aber ganz unbeschadet der Stellung des Einzelnen zum Zwang — man kann ein überzeugter Parteigenosse sein und ein fanatischer Anhänger des Zwanges — haben wir alle Veranlassung, aus konstitutionellen Gründen den Grafen Posadowsky zu interpellieren, warum er die Resolution Förster, die vom Reichstag angenommen ist, in einer Kommission die Zwangfrage grundsätzlich zu prüfen, nicht ausgeführt hat. Es handelt sich um eine Kontroverse der Wissenschaft, da hat eine politische Partei wie wir nicht das Recht, für einen Zwang einzutreten.

Damit haben alle zum parlamentarischen Bericht gestellten Anträge ihre Begründung gefunden.

Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung eingegangen, alle diese Anträge der Fraktion zu überweisen.

Stimme ich der Diskussion eröffnen.

Singer: Anknüpfend an die wenigen Worte, die ich vorhin gesprochen habe, kann ich nur wiederholen, daß wenn die Fraktion den Aufträgen, die ihr der Parteitag wiederholt gegeben hat, nicht in allen Fällen nachgekommen ist, dies nicht etwa aus Veringschätzung geschah, sondern weil wir den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen mußten. Nehmlich sehe ich zu der übergroßen Mehrzahl der hier gestellten Anträge. Ich halte die in den meisten Anträgen gegebenen Anregungen für außerordentlich nützlich und eine große Anzahl von ihnen für durchaus berechtigt, namentlich so weit sie sich auf das wirtschaftliche Gebiet erstrecken. Alles was wir auf wirtschaftlichem Gebiet im Reichstag beantragt und vertreten haben, deckt sich mit Forderungen, die in diesen Anträgen gestellt werden, und ein Teil der heutigen Anträge ist ja bereits im Reichstage behandelt worden. Wenn man glaubt, daß man diese Anträge immer wiederholen muß, so ist das für gewisse Fälle richtig, aber auch das hängt von Umständen ab, die wir nicht bestimmen können. Vergessen wir das eine nicht, wir haben im Parlament nach dem dort geltenden Usus einen Tag in der Woche, an dem Petitionen und Initiativanträge der Fraktionen behandelt werden. Sie können ungefähr ermessen, wieviel von dieser Verhandlungszeit auf die Initiativanträge kommt, wenn ich darauf hinweise, daß von allen Fraktionen Anträge gestellt werden und daß man, um eine einigermaßen vernünftige Verhandlung zu ermöglichen, die Bestimmungen treffen mußte, daß die Anträge der Fraktionen der Reihe nach behandelt werden, und daß jede Fraktion erst dann wieder mit einem Antrag herankommt, wenn alle anderen Fraktionen an der Reihe gewesen sind. Wenn Sie berücksichtigen, daß das nur einmal in der Woche geschieht, so können Sie sich ungefähr denken, wie lange die Session dauern müßte, um die hier gestellten Anträge alle zur Verhandlung zu bringen. Man glaube nicht, daß die Anträge, wenn sie gestellt sind, auch sofort verhandelt werden. Die Anträge, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet bewegen, sowie ein Teil der Anträge, die mehr die politische Seite betreffen, halte ich durchaus für berechtigt.

Noch ein Wort über den Antrag 94, der die Fraktion beauftragt, abzumachen den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen zu stellen. Diesen Antrag haben wir bereits früher eingebracht und ich glaube, es entspricht auch der Absicht der Fraktion, ihn gegenüber den jetzt veränderten Verhältnissen aufs Neue einzubringen. (Sehr gut.) Wir fanden von Anfang an auf dem Standpunkt, daß wir den deutschen Kaiser so wenig wie jedem Anderen an sich das Recht bestreiten, seine Ansicht über die einzelnen Tagesfragen zu äußern. Aber die konstitutionelle Fiktion der Unverletzlichkeit des Kaisers kann nur darauf begründet sein, daß der Kaiser sich nicht in politische Tagesfragen einmischt. (Sehr richtig.) Nimmt er, was wir ihm auch nicht

bestreiten wollen, das Recht in Anspruch, die öffentliche Meinung nach bestimmter Richtung hin zu leiten, dann muß er sich auch gefallen lassen, daß dagegen diejenige Kritik ausgeübt wird, die innerhalb des allgemein geltenden Rechts möglich ist. (Behaftete Zustimmung.) Und so wenig wir uns Ausnahmegeetze gegen uns gefallen lassen können, so wenig können wir Ausnahmegeetze zu Gunsten des deutschen Kaisers dulden. (Sehr wahr.)

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um einige der Anträge zu bekämpfen und werde zum Schluß den Antrag stellen, diese Anträge abzulehnen, alle übrigen aber der Fraktion als Material zu überweisen. Sie können sicher sein, daß keine dieser Anregungen vernachlässigt wird, aber es hieße, uns, der parlamentarischen Vertretung, eine Last auferlegen, wenn Sie die Bestimmungen trafen, die und die Anträge müssen jetzt eingebracht werden. Sie müssen sich nach meiner Meinung dazu entschließen und können auch der Fraktion den geeigneten Zeitpunkt überlassen, in der sie von der Anregung Gebrauch machen will. Das ist der richtige Weg und es geschieht Niemandem ein Schaden. Zu den Anträgen aber, die ich bekämpfen muß, gehört zunächst Antrag 89. Ein ähnlicher Antrag hat einen früheren Parteitag beschäftigt, damals ist er, wie ich glaube, mit Recht abgelehnt worden. Mit noch größerem Recht aber muß er heute abgelehnt werden, denn mehr wie damals hieße heute die Forderung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes für Deutschland, ganz Deutschland unter die preussische Pichelhaube bringen. (Behaftete Zustimmung.) Wir haben keine Veranlassung zu wünschen, daß in den Ländern, in denen ein besseres Vereins- und Versammlungsrecht besteht als in Preußen, das preussische Vereinsrecht eingeführt wird. (Sehr wahr!) Glauben Sie doch nicht, daß es in der heutigen Situation in Deutschland möglich ist, ein Vereins- und Versammlungsrecht durchzuführen, wie wir es wünschen. (Sehr wahr!) Nein, im Augenblicke an den Vereins- und Versammlungsgeetzen rütteln, bedeutet, eine Verschlechterung derselben herbeiführen. (Sehr wahr!)

Zwei weitere Anträge habe ich zu bekämpfen, weil sie überflüssig und nach meiner Auffassung hin fast undurchführbar sind. Der Antrag 80 ist zunächst überhaupt falsch, denn vor 5 Jahren haben wir garricht auf einen etwaigen Anspruch auf Präsidium verzichtet, der Antragsteller meinte wahrscheinlich den Moment, wo der Reichstag es abgelehnt hat, Bismarck zum achtzigsten Geburtsstag zu gratulieren, und wo in Folge dessen eine Veränderung im Präsidium stattfand und die Rede davon war, daß die sozialdemokratische Fraktion als drittkräftigsten einen eventuellen Anspruch erheben würde. Ansprüche nach dieser Richtung haben wir aber überhaupt nicht erhoben. Ganz abgesehen aber davon meine ich, es ist dies aber bloß meine persönliche Auffassung, daß wir keinen Wert darauf zu legen haben, im Präsidium des Reichstages zu sitzen. Wir sind viel freier, viel unabhängiger, wenn wir außerhalb des Präsidiums sind. Wir haben dabei nicht auf eine unseren Stärkeverhältnissen entsprechende Vertretung in den Kommissionen und den anderen Reichstagsinstitutionen verzichtet, verkehrt sich von selbst. Aber heute gilt das Reichstagspräsidium als die Repräsentation des Reichstages, und daß wir keinen Grund haben, uns danach zu sehnen, diesen Reichstag mit zu repräsentieren, das versteht sich von selbst.

Denselben Standpunkt nehme ich ein zum Antrag 81; das ist einer der Anträge, die wirkungslos sind und sein müssen, denn wir bestimmen ja nicht den Usus, und brechen wir mit ihm, so wird damit noch nicht die Auffassung der Majorität des Reichstages geändert, die auf dem gegenwärtigen Standpunkt steht. Wie wir stehen, wissen ja die Parteigenossen. Wenn von den Rednern des Reichstages wird es denn vom Präsidium verwehrt, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen? Doch nur den Sozialdemokraten, allerdings immer erst dann, wenn sie es bereits gethan und das Nötige gesagt haben. Wer, daß wir einen Antrag stellen auf Aenderung der Geschäftsordnung bezüglich

einer Sache, die garnicht darin steht, davon kann keine Rede sein. Ich bin überhaupt der Meinung, daß wir eine viel zu starke Partei geworden sind, als daß wir Anträge stellen, von deren Nutzlosigkeit wir von vornherein überzeugt sind.

Das deckt sich nicht etwa mit der Auffassung, daß man dann überhaupt keine Anträge stellen sollte. Nein, wir müssen unsere Anträge stellen, obgleich ober vielleicht weil die Majorität ihnen nicht zustimmt, aber wir sollen keine Anträge stellen, von deren Undurchführbarkeit und Nutzlosigkeit wir selbst überzeugt sind. (Beifall.) Die Anträge, die wir stellen, können nicht damit zurückgewiesen werden, daß ihre Ausführung unmöglich ist, daß sie keinen moralischen und materiellen Werth haben, sondern sie werden abgelehnt, weil die herrschenden Klassen ihre Rechte nicht einschränken lassen wollen, weil unsere Anträge etwas für das Volk verlangen. Auch möchte ich rathen, auf dem Gebiete solcher Anträge etwas vorsichtiger zu sein. Wir wollen uns das Wort, das wir heute auf der Tribüne des Reichstages haben, nicht beschränken lassen. Erinnern Sie sich doch des Vorganges, als der Staatsanwalt einen Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens gegen Viebknecht wegen seines Sibenbleibens beim Kaiserhoch stellte, wie da dieser Reichstag die Gelegenheit benutzte hat, um eine sogenannte Maulkorbbestimmung für die Sozialdemokratie in die Geschäftsordnung hineinzubringen. Sollen wir so naürlich sein, der Majorität erst Veranlassung geben, „Besserungen“ in die Geschäftsordnung hineinzubringen, die bis jetzt nicht darin stehen? (Sehr richtig.)

Die übrigen Anträge bitte ich der Fraktion als Material zu überweisen. In diesem Vorschlage liegt keine Verkleinerung der Bedeutung dieser Anträge, aber es ist der einzige Weg, um ihnen gerecht zu werden. Sie können, Parteigenossen, zu der Fraktion das Vertrauen hegen, daß kein Antrag verloren geht. Der Antrag Singer wird zur Diskussion gestellt.

Schrader-Dsnabrück schließt sich den Ausführungen Singer's an.

Groth-Schwerin: Als Mecklenburger hätte ich besondere Veranlassung, mich gegen Singer's Ausführungen zum Antrag 69 zu wenden. Aber die Gründe, die er anführte, waren für mich durchschlagend. Ich will nur kurz darauf hinweisen, weshalb wir Mecklenburger besondere Veranlassung haben, ein Reichs-Vereinsgesetz zu wünschen. Politische Vereine und Versammlungen sind bei uns nur erlaubt, wenn das Ministerium es gestattet. Uns erlaubt es natürlich nichts. Wir haben uns aber zu helfen gewußt. Wir halten unsere Parteitage in Lübeck ab. In dem offiziellen Regierungsorgan wird jetzt aber erklärt, daß alle Delegirten, die den Parteitag in Lübeck besucht haben, unter Anklage gestellt werden sollen, weil sie einer nicht erlaubten Versammlung beigewohnt haben. Es ist ungeheuerlich, wir sollen bestraft werden, weil wir in Lübeck gethan haben, was in Lübeck erlaubt ist. Wir sind neugierig auf die Erkenntnisse der Gerichte. Der Artikel sagt aber schon, sollten wir freigesprochen werden, so müßte das Vereinsgesetz so verschärft werden, daß wir gewissermaßen in Mecklenburg internirt würden. Nun, so lange die Freizügigkeit noch besteht, werden wir wohl noch verreisen können, trotz unserer Junker! So liegen die Zustände bei uns, durch die wir hauptsächlich nur durch schriftliche Agitation ankämpfen können. Wir verlassen dabei niemals den Boden des Programms, das Gegentheil könnte aus der Stelle hervorgehen, die Genosse Lingweiler aus einem mecklenburgischen Flugblatt zitiert hat. Er hätte sich vorher an uns um Aufklärung wenden und nicht nach Gugen Richter einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz zitieren sollen. Natürlich sagt das Flugblatt nicht, daß jeder ländliche Arbeiter sich im Zukunftskloster einen Garten und ein Häuschen aussuchen könne, die Stelle steht vielmehr durchaus in Uebereinstimmung mit Kautsky's und Schoenlan's Erklärungen zum Erfurter Programm. Dort heißt es auf Seite 25: Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigenthum an den Produktions-

mitteln fortbauern, von Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerks-
stellen phantastren bloß unsere Gegner. Ganz in diesem Sinne heißt es nun in jenem Flugblatt: Wir werden die Häusler und Büdner, die selbst ihr düsschen Acker bestellen, die also keine Lohnarbeiter ausbeuten, nicht wie die Großgrundbesitzer enteignen, sondern ihnen die Wahl stellen, ob sie Einzelbetriebe oder gewerkschaftlichen vorziehen. Wir sind überzeugt, sie werden bald aus eigenem Interesse letzteres wählen. So und nicht anders heißt es in jenem Flugblatt.

Nachmittags-Sitzung.

8 1/2 Uhr. Die Debatte wird fortgesetzt.

Wafex-Hamburg: Die Fraktion wird ja nichts verstehen, was im Interesse der Parteigenossen liegt, aber auf die Verhältnisse muß man sie doch aufmerksam machen, da sie ihr ferner liegen, als den Landagitatoren. Ich bedaure, daß der Antrag 69 nach den Ausführungen Singer's wohl nicht zur Annahme gelangt, besonders mit Rücksicht auf die mecklenburgischen Verhältnisse ist er eine Nothwendigkeit. Das Gleiche gilt von dem Bahnturnen-Antrag.

Brecour-Riel tritt für den Antrag 92 ein. Eine Agitation auf dem Lande sei nur möglich, wenn die Bestimmung des § 43 der Gewerbe-Ordnung dahin erweitert wird, daß die Vertheilung von Druckschriften zu Wahlen auch Sonntags ohne polizeiliche Erlaubniß stattfinden könne. Die Fraktion müsse bei der Berathung des Antrages dafür sorgen, daß diese Bestimmung nicht etwa nur auf dem Papier stehe. In Schleswig-Holstein haben sich die Behörden einfach über das Gesetz hinweggesetzt, es wurden Genossen inhaftirt, die, als die Wahl schon ausgegeschrieben war, Flugblätter vertheilt haben! Eine Beschwerde beim Landrath hatte keinen Zweck, es wurde geantwortet, daß der Genosse nicht gewußt habe, daß die Wahl schon ausgegeschrieben war! Die inhaftirten Genossen, die auf der Torpedo-Werft beschäftigt waren, wurden aus der Arbeit entlassen. Das ist ein neuer Beweis dafür, wie wenig Rücksicht die Staatsbetriebe auf die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Arbeiter nehmen. Auf solche Fälle muß im Reichstage nachdrücklich hingewiesen werden.

v. Elm befürwortet den Impfwang-Antrag. Die große Mehrheit unserer Genossen ist gegen den Impfwang und eine Volksabstimmung würde ihn mit überwältigender Mehrheit verurtheilen. Im Gegensatz zu Singer tritt v. Elm für die Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Herbeiführung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes ein. Der Reichstag wird sich keinesfalls zu einer Verschlechterung verstehen. Mecklenburg, Hamburg werden nicht früher ein besseres Recht auf diesem Gebiete haben, als bis ein Reichsgesetz es erzwingt. Besonders die gewerkschaftliche Bewegung ist daran interessiert. So lange die EinzelLandtage darüber zu bestimmen haben, kann unsere Kritik im Reichstage nicht durchgreifend sein.

Gottschalk-Königsberg: Zu den nach dem Antrage Singer's der Fraktion als Material zu überweisenden Anträgen gehört auch Antrag 96, der damit als ein für unsere Partei diskutabler hingestellt wird. Meiner Ansicht nach hat dieser Antrag mit den Interessen der sozialdemokratischen Partei überhaupt nichts zu thun, er will nur die Partei festlegen zu Gunsten der Impfwangsgegner. Die Antragsteller urtheilen voreilig, indem sie den Impfwang für eine veraltete, dem Fortschritt der Zeit ins Gesicht schlagende Einrichtung erklären. Nicht eine einzige medizinische Autorität steht auf diesem Standpunkt. Wohin kommen wir mit dem Argument, daß die Partei diese Sache zu ihrer Sache machen müsse, weil sie die großen Massen angehe! Ist denn Alles, was die Proletarier anlangt, in unserem Sinne eine proletarische Frage? Versteht diese Frage irgendwie die wirtschaftliche Lage der Proletarier in ihrem Klassen-
gegensatz zum Kapitalismus. Nehmen Sie daher den Antrag 96 rundweg ab.

Schumann-Drauschweig: Der Vorredner hat das Wesentlichste von dem, was ich sagen wollte, schon vorweggenommen. (Große Heiterkeit.) Es ist ein großer Unfug, in diesen Fragen den Genossen die Freiheit der Entschliesung zu nehmen. Damit wird aber Mißbrauch getrieben. Wir wollen dem großen Unfug nicht noch Nahrung geben, daß der Arbeiter durch das Krankenkassengesetz gezwungen wird, sich an einen wissenschaftlich gebildeten Arzt zu wenden, und nachher kommt der Vater des kranken Kindes und geht zum Naturarzt und der andere Arzt hat die Verantwortung.

Ein Schlußantrag, den Schöpffin-Burgstädt damit begründet, daß man doch unmöglich in dieser Debatte noch auf den Kneipp'schen Malzsaft kommen könne, wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Wurm: Soweit die Anträge der Fraktion als Material überwiesen werden, glaube ich, versichern zu dürfen, daß die Fraktion die Winke, die ihr damit gegeben werden, berücksichtigen wird. Ich habe allerdings auch den Wunsch, daß der Impsantrag der Fraktion nicht überwiesen werden möge. Ich bin zwar für meine Person auch Impfgegner, ich meine aber, wir haben gar keine Veranlassung, diese rein medizinisch-technische Frage mit unserer Partei zu verwickeln. (Beifall.) Zum Uebrigen freue ich mich, aus der Debatte Konstativen zu können, daß ein erster Widerspruch gegen die Thätigkeit der Fraktion nicht zu Tage getreten ist. Wenn der Genosse Duark meinte, manche Parteigenossen hätten nach den Debatten über das „Endziel“ schwere Träume gehabt, so glaube ich, das kann nur den Genossen paßirt sein, die in dieser Beziehung ein schlechtes Gewissen hatten (Sehr gut! und Heiterkeit), denn ein gutes Gewissen ist ein sanftes Ruhekitzen! Nichts ist falscher als eine Taktik des Leistretens, wie Genosse Peus sie empfohlen. Wenn wir auf die Gefahr hinweisen, so haben wir noch lange keine Angst vor ihr. Im Gegentheil, wir zeigen gleichzeitig, welche Mittel wir gegen sie anwenden: die Organisation der Arbeiterklasse, die die Reaktion überwinden wird. Wir zeigen gleichzeitig, und warum wir revolutionär sind, daß wir glauben, nicht anders kann eine Ueberwindung herbeigeführt werden, als durch eine vollständige Umgestaltung unseres Wirtschaftswesens von Grund aus. Umso mehr hat es mich geschmerzt, daß ein alter Mittkämpfer, der sonst wahrhaftig nicht zu den Leistrettern gehört, so billige Witze gemacht hat über das Wort „Revolution“. (Sehr wahr!) Ueberlassen wir doch das Schnarrren den Garbelieutenants. (Beifall.) Wir wollen nicht die Revolution mit Heugabeln, mit Dolch und Dynamit; das weiß unsere Gegnerschaft, die uns das nachsagt, so gut wie wir. Aber die Forderung der revolutionären Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, d. h. der Umgestaltung von Grund aus, ist die Grundlage unseres Seins. Und die Revolutionen des Bürgerthums — haben wir etwa Anlaß darüber zu spotten? Gut ab vor den Revolutionären von 1793 und von 1848, ohne sie gäbe es kein Deutsches Reich, ohne sie gäbe es keinen Deutschen Reichstag, ohne sie gäbe es keinen sozialdemokratischen Parteitag. Wir haben keinen Anlaß, über das Revolutionäre auch nur im Geringsten zu mißeln und zu spotten.

Der Zusammenhang unserer wirtschaftlichen und politischen Lage ist so eng, daß es ganz klar ist, wie gerade der Militarismus die nothwendige Folge des Kapitalismus ist; er ist die einzige Zuflucht des Kapitalismus. Schauen wir doch um uns. Ueberall ist die Herrschaft des Generalstabs, überall Bayonnette, dann Abrüstungsvorschlag, der aus dem Lande des größten Despoten kommt. Wenn die Despoten abrüsten wollen, dann müßten wir aufrüsten, denn so weit werden die Regierungen nicht gehen, daß auch der letzte Mann des stehenden Heeres verschwindet. Es werden Prätorianertruppen, es wird eine Goldwehnschaar übrig bleiben, die sich der Kapitalismus hält, um sich gegen den inneren Feind zu wehren. (Sehr wahr.) Darum halte ich es auch für nicht

richtig, wenn Genosse Dr. David gesagt hat: Wie schön ist es, wenn wir den Bauern sagen können, wir wollen die Verkürzung der Dienzeit auf ein Jahr. Das soll leichter begreiflich sein als die Forderung des Militärsystems. Ich bin entgegengesetzter Ansicht. Das ist keine grundsätzliche Agitation, wenn wir nur die Erleichterung des Militarismus fordern, wir haben auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Militarismus hinzuweisen. Beide sind Geschwisterkinder, und wenn auch der Kapitalismus nach außen abrüsten sollte, weil er die Lasten nicht mehr tragen will, nach innen behält er den Militarismus, weil er ihn schützen soll gegen die Arbeiter. (Sehr richtig.) Demgegenüber hat die Arbeiterklasse, hat die Sozialdemokratie die Forderung zu erheben: Demokratisierung des Heerwesens. Nicht wehrlos wollen wir das Land machen; wir wissen sehr gut, daß, bis die Zeit kommen wird, wo die Streitfragen auf friedlichem Wege geschlichtet werden, die Rüstungen unvermeidlich sind, aber wir verlangen, daß diese Rüstungen nicht ein Werkzeug sind, das in erster Linie gerichtet ist gegen die, die sie bezahlen müssen, zu deren Schutze sie angefertigt gemacht werden. Nicht Kanonen für die Regierung, Kanonen für das Volk wollen wir haben. Das Volk in Waffen, die bewaffnete Miliz, welche die grauenhaften Zusammenstöße zwischen Kindern desselben Volkes unmöglich macht, die wir unter allen Staatsformen gesehen haben. David sagt uns, daß der Kapitalismus in seinem eigenen Interesse demokratisch werden muß. Gewiß, die Herren Kapitalisten wollen selbst da sitzen, wo jetzt das Junkerthum sitzt. Glauben Sie aber nicht, Genosse David, daß der Kapitalismus, wo er nicht durch eine mächtige Arbeiterklasse davon abgehalten wird, auch bei demokratischer Regierungsform gegebenenfalls auf die Arbeiter schießen lassen wird? Sind die Megeleien von Journies vergessen, wo das Blut der französischen Arbeiter floß? — Und es giebt dagegen nur ein Mittel: die Einführung des Militärsheeres. — Die Debatten der Mainzer Genossen haben gezeigt, wie entgegen allen herumchwirrenden Gerüchten die Partei einig und gesellig dasthet in ihren Grundanschauungen. Wir sehen, daß keine Beschwerde über die Thätigkeit der Fraktion vorgebracht wurde, wir sehen, daß der Parteitag die Grundzüge billigte, die die Fraktion zu ihrem Vorgehen veranlaßten, und so können wir getrosten Muthes der Zukunft entgegensehen. Mag man uns bedrohen, mag man uns verfolgen, wir haben Schlimmeres überstanden. Wir werden vielleicht noch Schlimmeres bekommen, aber auch das werden wir überstehen, wenn wir einig und fest auf der Grundlage unseres Programms unsere revolutionären Forderungen der Umgestaltung der wirtschaftlichen Ordnung aufrecht erhalten und geschlossen in den Kampf ziehen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Der Fraktion werden als Material überwiesen die Anträge 66, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 76, 82, 86 Abt. 7, 92, 94 und 104. Abgelehnt werden die Anträge 69, 80, 81, 96. Angenommen wird Antrag 75. Die übrigen zum Bericht über die Thätigkeit der Fraktion gestellten Anträge sind durch die früheren Beschlüsse erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung: Das Koalitionsrecht.

Berichterstatter Richard Fischer: Meine Aufgabe kann es heute selbstverständlich nicht sein, hier vor den Vertretern der deutschen Klassenbewußten Arbeiterklasse erst die Bedeutung des Koalitionsrechts zu schildern als Waffe für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse durch die Beseitigung und Zertrümmerung der kapitalistischen Ausbeutung. Meine Aufgabe kann es auch nicht sein, hier Ihnen die Kämpfe zu schildern, die die deutsche Arbeiterklasse führen mußte, um wenigstens für die Industrie-Arbeiter das Koalitionsrecht grundsätzlich aufzustellen zu erhalten. Wenn wir heute diese Frage auf die Tagesordnung gestellt haben, so deshalb, weil wir, die Vertreter der deutschen Klassenbewußten Arbeiterklasse, auf die Deynhäufener Rede unsere Antwort geben, gegen die bei dieser Gelegenheit ausgesprochene Drohung Stellung nehmen müssen. Die